

No. 13915

**AUSTRIA
and
ISRAEL**

**Convention on social security (with final protocol). Signed
at Vienna on 28 November 1973**

**Agreement for the implementation of the above-mentioned
Convention. Signed at Vienna on 28 November 1973**

Authentic texts: German and Hebrew.

Registered by Austria on 23 April 1975.

**AUTRICHE
et
ISRAËL**

**Accord relatif à la sécurité sociale (avec protocole final).
Signé à Vienne le 28 novembre 1973**

**Arrangement pour l'exécution de l'Accord susmentionné.
Signé à Vienne le 28 novembre 1973**

Textes authentiques : allemand et hébreu.

Enregistrés par l'Autriche le 23 avril 1975.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich und der Staat Israel von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit zu regeln, sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1. (1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Österreich“ die Republik Österreich, „Israel“ den Staat Israel;
2. „Staatsangehöriger“
 - in bezug auf Österreich dessen Staatsbürger oder eine Person deutscher Sprachzugehörigkeit (Volksdeutscher), die staatenlos ist oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist und die sich am 11. Juli 1953, am 1. Jänner 1961 oder am 27. November 1961 nicht nur vorübergehend im Gebiet von Österreich aufgehalten hat,
 - in bezug auf Israel einen israelischen Staatsbürger;
3. „Rechtsvorschriften“ die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
4. „zuständige Behörde“
 - in bezug auf Österreich den Bundesminister für soziale Verwaltung, hinsichtlich der Familienbeihilfen den Bundesminister für Finanzen,
 - in bezug auf Israel den Arbeitsminister;
5. „Träger“ die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der im Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
6. „zuständiger Träger“ den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;
7. „zuständiger Staat“ den Vertragsstaat, in dessen Gebiet sich der zuständige Träger befindet;
8. „Familienangehöriger“ einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“ eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge, Zulagen sowie Kapitalabfindungen;
10. „Familienbeihilfen“
 - in bezug auf Österreich die Familienbeihilfe,
 - in bezug auf Israel die Familienbeihilfe für kinderreiche Familien und die Familienbeihilfe für Kinder von Arbeitnehmern.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2. (1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung, soweit sie Leistungen bei Mutterschaft vorsieht;
 - b) die Unfallversicherung;
 - c) die Pensionsversicherung;
 - d) die Arbeitslosenversicherung;
 - e) die Familienbeihilfe;
2. in Israel auf die Rechtsvorschriften über
 - a) die Mutterschaftsversicherung;
 - b) die Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;
 - c) die Invaliditätsversicherung;
 - d) die Alters- und Hinterbliebenenversicherung;
 - e) die Arbeitslosenversicherung;
 - f) die Versicherung für kinderreiche Familien und die Versicherung für Kinder von Arbeitnehmern.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über ein neues System oder einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen; es bezieht sich ferner nicht auf die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Unfallversicherung der Kriegsschädigten und der beschädigten Präsentdiener in beruflicher Ausbildung sowie auf die Rechtsvorschriften über die Notarversicherung.

(3) Rechtsvorschriften, die sich aus Übereinkommen mit dritten Staaten ergeben, sind, soweit sie nicht Versicherungslastregelungen enthalten, im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten nicht zu berücksichtigen.

Artikel 3. Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit nichts anderes bestimmt wird, dessen Staatsangehörigen gleich

- a) die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, sowie
- c) Staatenlose, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

Artikel 4. Hätte eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Pension, Rente oder andere Geldleistung mit Ausnahme einer Leistung bei Arbeitslosigkeit, so erhält sie diese Leistung auch während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates.

Artikel 5. Soweit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Erwerbstätigkeit oder ein Sozialversicherungsverhältnis rechtliche Auswirkungen auf eine Leistung der Sozialversicherung haben, kommt die gleiche Wirkung auch einer gleichartigen Erwerbstätigkeit oder einem gleichartigen Versicherungsverhältnis im anderen Vertragsstaat zu.

ABSCHNITT II

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN
RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 6. (1) Unbeschadet der Artikel 7 und 8 unterliegen Erwerbstätige den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz seines Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Wären nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten gleichzeitig anzuwenden, so gilt folgendes:

- a) Bei gleichzeitiger Ausübung einer unselbständigen und einer selbständigen Erwerbstätigkeit sind die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet die unselbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.
- b) Bei gleichzeitiger Ausübung von selbständigen Erwerbstätigkeiten sind die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates anzuwenden, in dem sich der Erwerbstätige gewöhnlich aufhält.

Artikel 7. (1) Wird ein Dienstnehmer, der im Gebiet eines Vertragsstaates von einem Unternehmen beschäftigt wird, dem er gewöhnlich angehört, von diesem Unternehmen zur Ausführung einer Arbeit für dessen Rechnung in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonats nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Wird ein Dienstnehmer eines Transportunternehmens, das seinen Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates hat, im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so anzuwenden, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt. Unterhält das Unternehmen im Gebiet des zweiten Vertragsstaates eine Zweigniederlassung, so sind auf die von ihr beschäftigten Dienstnehmer die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates anzuwenden.

(4) Die Besatzung eines Seeschiffes unterliegt den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

(5) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im Dienst dieses Vertragsstaates oder eines anderen öffentlichen Dienstgebers dieses Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates anzuwenden.

Artikel 8. (1) Diplomaten sind vorbehaltlich des Absatzes 4 in bezug auf ihre Dienste für den Entsendestaat von den im Empfangsstaat geltenden Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit befreit.

(2) a) die im Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt auch für Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Mission sowie Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals der Mission, die weder Staatsangehörige des Empfangsstaates noch in demselben ständig ansässig sind.

b) Unbeschadet der Bestimmungen der litera *a* können die Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Mission, die Staatsangehörige des Entsendestaates und im Empfangsstaat ständig ansässig sind, binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des Entsendestaates wählen. Die Wahl wird mit dem nächstfolgenden Monatsersten wirksam.

(3) Die im Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt ferner für private Hausangestellte, die ausschließlich bei einem Diplomaten beschäftigt sind, sofern sie

- a) weder Staatsangehörige des Empfangsstaates noch in demselben ständig ansässig sind und
- b) den im Entsendestaat oder in einem dritten Staat geltenden Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit unterstehen.

(4) Beschäftigt ein Diplomat Personen, auf welche die im Absatz 3 vorgesehene Befreiung keine Anwendung findet, so hat er die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit zu beachten, die im Empfangsstaat für Arbeitgeber gelten.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Berufskonsuln und für die Mitglieder der von Berufskonsuln geleiteten konsularischen Vertretungen sowie für die ausschließlich in deren Diensten stehenden Mitglieder des Hauspersonals.

Artikel 9. Für bestimmte Dienstnehmer oder Dienstnehmergruppen oder für selbständig Erwerbstätige kann, soweit es in ihrem Interesse liegt, unter Bedachtnahme auf die Art und die Umstände ihrer Beschäftigung die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 6 bis 8 anzuwenden sind, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften auf Antrag der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates zulassen. In diesem Fall sind die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates auf die betreffenden Personen anzuwenden.

ABSCHNITT III

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1. MUTTERSCHAFT

Artikel 10. Für den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistungsgewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten für Leistungen bei Mutterschaft zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Kapitel 2. INVALIDITÄT, ALTER UND TOD

Artikel 11. Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen. In welchem Ausmaß und in welcher Weise Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Versicherung diese Zeiten zurückgelegt worden sind.

Artikel 12. (1) Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre hinterbliebenen Leistungen auf Grund der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so hat der zuständige Träger die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

- a) der Träger jedes Vertragsstaates hat nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten Anspruch auf die Leistung hat;
- b) besteht ein Anspruch auf eine Leistung, so hat der Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten nur in dem betreffenden Vertragsstaat zurückgelegt worden wären;
- c) sodann hat der Träger die geschuldete Teilleistung auf der Grundlage des nach litera *b* errechneten Betrages nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach seinen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.

(2) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Pension, so gewährt der Träger dieses Vertragsstaates keine, der Träger des anderen Vertragsstaates die ohne Anwendung des Absatzes 1 litera *c* errechnete Pension. Dies gilt nicht, wenn nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates ohne Anwendung des Artikels 11 Anspruch auf Pension besteht.

Artikel 13. Die zuständigen österreichischen Träger haben die Artikel 11 und 12 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit und Leistungszuständigkeit in der Pensionsversicherung werden israelisch Versicherungszeiten nach der Art der während dieser Zeiten ausgeübten Erwerbstätigkeit berücksichtigt.
2. Die Bestimmungen der Artikel 11 und 12 gelten nicht für die Anspruchsvoraussetzungen und für die Leistung des Bergmannstreuegeldes aus der österreichischen knappschaftlichen Pensionsversicherung.
3. Bei der Durchführung des Artikels 12 Absatz 1 litera *b* gilt folgendes:
 - a) Sich deckende Versicherungszeiten sind mit ihrem tatsächlichen Ausmaß zu berücksichtigen.
 - b) Beiträge, die zum Erwerb von gleichgestellten Zeiten in der österreichischen Pensionsversicherung nachentrichtet wurden, sind nicht als Beiträge zur Höherversicherung zu behandeln.
 - c) Die Bemessungsgrundlage wird ausschließlich aus den in der österreichischen Pensionsversicherung erworbenen Versicherungszeiten gebildet.
 - d) Beiträge zur Höherversicherung sowie der Leistungszuschlag bleiben außer Ansatz.
4. Bei Durchführung des Artikels 12 Absatz 1 litera *c* gilt folgendes:
 - a) Übersteigt die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilpension nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.
 - b) Der Hilflosenzuschuß ist von der österreichischen Teilpension innerhalb der anteilmäßig gekürzten Grenzbeträge nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berechnen. Bestünde hingegen allein auf Grund der nach öster-

reichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten Anspruch auf Pension, so gebührt der Hilflosenzuschuß in dem dieser Pension entsprechenden Ausmaß, es sei denn, daß nach israelischen Rechtsvorschriften eine Erhöhung der Leistung wegen Hilflosigkeit gewährt wird.

5. Der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge, die zur Höherversicherung entrichtet worden sind oder als zur Höherversicherung entrichtet gelten, um den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und um die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.
6. Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so werden von den israelischen Versicherungszeiten nur jene berücksichtigt, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.
7. Die Sonderzahlungen aus der österreichischen Pensionsversicherung gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilpension; Artikel 15 gilt entsprechend.

Artikel 14. (1) Besteht auch ohne Berücksichtigung des Artikels 11 ein Anspruch auf Pension, so hat der zuständige Träger eines Vertragsstaates die allein auf Grund der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten gebührende Pension zu gewähren, solange ein Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates nicht besteht.

(2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Pension ist nach Artikel 12 neu festzustellen, wenn ein Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

Artikel 15. (1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 11 Anspruch auf Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechneten Leistungen, so hat der Träger dieses Vertragsstaates seine so errechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechneten Leistungen und der Leistung, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften allein zustünde, als Teilleistung zu gewähren.

(2) Die Teilleistung nach Absatz 1 ist von Amts wegen neu festzustellen, wenn sich die Höhe der Leistungen, die der Berechnung der Teilleistungen zugrunde liegen, aus anderen Gründen als infolge von Anpassungen ändert oder wenn sich der Umrechnungskurs um mehr als 10 von Hundert ändert.

Kapitel 3. ARBEITSUNFÄLLE UND BERUFSKRANKHEITEN

Artikel 16. (1) Eine Person, die einen Arbeitsunfall erlitten oder sich eine Berufskrankheit zugezogen hat

- a) im Gebiet des anderen als des zuständigen Staates oder
- b) im Gebiet des zuständigen Staates
 - aa) und die ihren Wohnort in das Gebiet des anderen Vertragsstaates verlegt oder

bb) deren Zustand bei einem vorübergehenden Aufenthalt in dem zuletzt genannten Gebiet sofort ärztliche Betreuung einschließlich Krankenhauspflege erforderlich macht,

erhält zu Lasten des zuständigen Trägers Sachleistungen, die ihr von Träger ihres Aufenthalts- oder ihres neuen Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften gewährt werden. Im Falle des Wohnortwechsels hat sie vor dem Wechsel die Zustimmung des zuständigen Trägers einzuholen. Diese Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn der Wohnortwechsel geeignet ist, ihren Gesundheitszustand oder die Durchführung der ärztlichen Behandlung zu gefährden.

(2) Die Gewährung von Geldleistungen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates.

(3) Die im Absatz 1 vorgesehenen Sachleistungen werden gewährt

- in Österreich von der für den Aufenthalts-beziehungsweise Wohnort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte,
- in Israel von der Nationalversicherungsanstalt.

(4) Anstelle des im Absatz 3 genannten Trägers kann ein Träger der Unfallversicherung die Leistungen erbringen.

(5) Der zuständige Träger erstattet dem Träger nach Absatz 3 die nach Absatz 1 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(6) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Artikel 17. Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet war, eine solche Berufskrankheit zu verursachen.

Kapitel 4. ARBEITSLOSIGKEIT

Artikel 18. (1) Galten für eine Person nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so werden für den Erwerb des Anspruches auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Zeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

(2) Die Anwendung des Absatzes 1 setzt voraus, daß die betreffende Person in dem Vertragsstaat, nach dessen Rechtsvorschriften sie die Leistung begehrt, in den letzten zwölf Monaten vor Geltendmachung des Anspruches insgesamt 13 Wochen als Dienstnehmer beschäftigt war, es sei denn, daß die Beschäftigung ohne Verschulden des Dienstnehmers geendet hat.

Kapitel 5. FAMILIENBEIHILFEN

Artikel 19. Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Anspruch auf Familienbeihilfen davon ab, daß die Kinder, für die Familienbeihilfen vorgesehen sind, im Gebiet dieses Vertragsstaates ihren Wohnsitz oder ihren Aufenthalt haben, so werden die Kinder, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, so berücksichtigt, als hielten sie sich ständig im Gebiet des ersten Vertragsstaates auf.

Artikel 20. (1) Personen, die im Gebiet eines Vertragsstaates ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und im Gebiet des anderen Vertrags-

staates eine unselbständige Erwerbstätigkeit ausüben, haben Anspruch auf Familienbeihilfen nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates, als ob sie in dessen Gebiet ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt hätten.

(2) Wird ein Dienstnehmer aus dem Gebiet eines Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so finden auf ihn weiterhin die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Anwendung.

Artikel 21. Hat eine Person während eines Kalendermonats unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind nacheinander die Anspruchsvoraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des einen und des anderen Vertragsstaates erfüllt, so werden Familienbeihilfen für den ganzen Monat von dem Vertragsstaat gewährt, nach dessen Rechtsvorschriften sie zu Beginn des Monats zu zahlen waren.

Artikel 22. Kinder im Sinne dieses Kapitels sind Personen, für die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Familienbeihilfen vorgesehen sind.

ABSCHNITT IV

VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 23. (1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Diese Vereinbarung kann bereits vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen werden, sie darf jedoch frühestens gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft treten.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen,
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Für die Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger, Behörden und Gerichte eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, werden auf Ersuchen der zuständigen Stelle zu ihren Lasten vom Träger des Aufenthaltsortes veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 24. Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 25. (1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 26. (1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; die gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 hat die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel unverzüglich der entsprechenden zuständigen Stelle des ersten Vertragsstaates zu übermitteln.

Artikel 27. (1) Die leistungspflichtigen Träger können Leistungen auf Grund dieses Abkommens mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat, zu erfolgen.

Artikel 28. (1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung sowie über die Rückforderung von Familienbeihilfen werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit

(Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Ausgleichsverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaates.

Artikel 29. Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß auf eine Leistung gezahlt, so hat der Träger des anderen Vertragsstaates die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch besteht, auf Ersuchen des erstgenannten Trägers einzubehalten. Hat der Träger eines Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

Artikel 30. (1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 31. (1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jede der Parteien bestellt innerhalb von einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem die Partei, die ihren Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.
- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- c) Für den Fall, daß der Präsident des Internationalen Gerichtshofes Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes, ist auch dieser Staatsangehöriger eines Vertragsstaates, auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die

Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

ABSCHNITT V

ÜBERGANGS- UND SCHLUSS-BESTIMMUNGEN

Artikel 32. (1) Dieses Abkommen begründet, soweit im Absatz 7 nichts anderes bestimmt wird, keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind; in diesen Fällen werden nach den Bestimmungen dieses Abkommens

- a) Pensionen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten festgestellt,
- b) Pensionen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, auf Antrag des Berechtigten neu festgestellt; sie können auch von Amts wegen neu festgestellt werden, wobei der Tag, an dem der Träger die von ihm an den Berechtigten zu erteilende Verständigung über die Einleitung des Verfahrens abfertigt, als Tag der Antragstellung gilt.

Wird der Antrag auf Feststellung oder Neufeststellung innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht oder die amtswegige Neufeststellung innerhalb dieser Frist eingeleitet, so sind die Leistungen nach Maßgabe des Absatzes 7 zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(4) Sehen die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten den Ausschluß oder die Verjährung von Ansprüchen vor, so sind hinsichtlich der Ansprüche aus Absatz 3 die diesbezüglichen Rechtsvorschriften auf die Berechtigten nicht anzuwenden, wenn der im Absatz 3 bezeichnete Antrag innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt wird. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so besteht der Anspruch auf Leistungen, soweit er nicht ausgeschlossen oder verjährt ist, vom Zeitpunkt der Antragstellung an, es sei denn, daß günstigere Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates anwendbar sind.

(5) In den Fällen des Absatzes 3 litera b gilt Artikel 29 entsprechend.

(6) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

(7) Pensionen nach den im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 litera c und Ziffer 2 litera d bezeichneten Rechtsvorschriften werden bereits für die Zeit ab 1. Jänner 1973 nach den Bestimmungen dieses Abkommens festgestellt und gewährt.

Artikel 33. Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 34. (1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Jerusalem auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich auf dem diplomatischen Wege kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter, und zwar ohne Rücksicht auf einschränkende Bestimmungen, welche die in Betracht kommenden Systeme für den Fall des Aufenthaltes eines Versicherten im Ausland vorsehen.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. November 1973 in zwei Urschriften in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:
RUDOLF HÄUSER

Für den Staat Israel:
YITZHAK PATISH

SCHLUSSPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgende Bestimmungen besteht:

I. Zu Artikel 1 des Abkommens:

Die im Absatz 1 Ziffer 9 angeführten Ausdrücke umfassen nicht die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften beziehungsweise die Sozialzulage nach israelischem Recht.

II. Zu Artikel 3 des Abkommens:

1. Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten bleiben unberührt.

2. Die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung in der Sozialen Sicherheit bleiben unberührt.

3. Die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung und der Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland sowie die Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung der im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb Österreichs zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit sind auf israelische Staatsangehörige nicht anwendbar.

4. Die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Gewährung der Notstandshilfe bleiben unberührt.

III. *Zu Artikel 5 des Abkommens:*

1. Für die Entstehung des Pensionsanspruches aus der österreichischen Pensionsversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen steht dem Erlöschen der Gewerbeberechtigung beziehungsweise des Gesellschaftsverhältnisses in Österreich die tatsächliche Einstellung der entsprechenden selbständigen Erwerbstätigkeit in Israel gleich.

2. Ein Versicherungsverhältnis nach den israelischen Rechtsvorschriften, währenddessen eine Erwerbstätigkeit nicht ausgeübt wird, schließt die Entstehung eines Anspruches auf eine österreichische Alterspension (Knappschaftsalterspension) nicht aus.

IV. *Zu Artikel 8 des Abkommens:*

1. Die Bestimmung des Absatzes 1 findet auf den österreichischen Handelsdelegierten und auf die ihm von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zugeteilten fachlichen Mitarbeiter mit der Maßgabe Anwendung, daß für die Beschäftigung dieser Personen im Gebiet Israels die österreichischen Rechtsvorschriften gelten.

2. Die im Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

V. *Zu Artikel 11 des Abkommens:*

Diese Bestimmung ist hinsichtlich eines Anspruches auf eine vorzeitige Alterspension (Knappschaftsalterspension) bei Arbeitslosigkeit oder bei langer Versicherungsdauer nach den österreichischen Rechtsvorschriften nicht anzuwenden.

VI. *Zu Artikel 18 des Abkommens:*

Absatz 1 gilt nicht für den Erwerb des Anspruches auf Karenzurlaubsgeld nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

VII. *Zu Artikel 20 des Abkommens:*

Ein Anspruch auf die österreichische Familienbeihilfe besteht nur dann, wenn die Beschäftigung in Österreich nicht gegen bestehende Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Dienstnehmer verstößt und mindestens einen vollen Kalendermonat dauert.

VIII. *Zu Artikel 28 des Abkommens:*

Die Bestimmungen gelten hinsichtlich der Familienbeihilfen nur insoweit, als diese Leistungen nicht in gutem Glauben bezogen wurden.

IX. *Zu Artikel 32 des Abkommens:*

Abschnitt III Kapitel 2 gilt nicht für Fälle, in denen nach den österreichischen Rechtsvorschriften über die Pensionsversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen die Rechtsvorschriften über die Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung weiterhin anzuwenden sind.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit. Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. November 1973 in zwei Urschriften in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

RUDOLF HÄUSER

Für den Staat Israel:

YITZHAK PATISH

VEREINBARUNG ZUR DURCHFÜHRUNG DES ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Auf Grund des Artikels 23 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit vom 28. November 1973 — im folgenden als Abkommen bezeichnet — haben die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zur Durchführung des Abkommens folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1. (1) In dieser Vereinbarung werden die im Artikel 1 des Abkommens angeführten Ausdrücke in der dort festgelegten Bedeutung verwendet

(2) In dieser Vereinbarung werden die im Artikel 16 des Abkommens genannten Träger als „aushelfender Träger“ bezeichnet.

Artikel 2. (1) Verbindungsstellen im Sinne des Artikels 24 des Abkommens sind

— in Österreich

— für die Unfall- und Pensionsversicherung der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in Wien,

— für die Familienbeihilfe das Bundesministerium für Finanzen in Wien,

— für die Arbeitslosenversicherung das Landesarbeitsamt Wien,

— in Israel, die Nationalversicherungsanstalt.

(2) Den Verbindungsstellen obliegen zur Erleichterung der Durchführung des Abkommens außer den in dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben alle sonstigen Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere die Leistung und die Vermittlung von Verwaltungshilfe sowie die Festlegung von Formblättern.

Artikel 3. In den Fällen des Artikels 7 Absatz 1 des Abkommens ist die Weitergeltung der Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu bescheinigen. Die Bescheinigung ist auszustellen

— in Österreich vom Träger der Krankenversicherung,

— in Israel von der Nationalversicherungsanstalt.

ABSCHNITT II

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1. MUTTERSCHAFT

Artikel 4. In den Fällen des Artikels 10 des Abkommens hat der in Betracht kommende Träger auf Verlangen eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten auszustellen, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden.

Kapitel 2. INVALIDITÄT, ALTER UND TOD

Artikel 5. (1) Die zuständigen Träger haben einander unverzüglich über Leistungsanträge, auf die Abschnitt III Kapitel 2 des Abkommens anzuwenden ist, zu unterrichten.

(2) Die zuständigen Träger haben in der Folge einander auch die sonstigen für eine Leistungsfeststellung erheblichen Tatsachen, gegebenenfalls unter Beifügung ärztlicher Gutachten, mitzuteilen.

(3) Die zuständigen Träger haben einander über die Entscheidungen im Feststellungsverfahren und über die Zustellung der Entscheidungen zu unterrichten.

Artikel 6. Die zuständigen Träger haben einander unverzüglich von jeder Änderung der Höhe einer Leistung, soweit die Änderung nicht Folge einer laufenden allgemeinen Anpassung ist, zu unterrichten.

Artikel 7. Die zuständigen Träger haben die Leistungen direkt an die Anspruchsberechtigten zu zahlen. Für die Zahlung gelten jene Fälligkeitsfristen, die der zuständige Träger auf Grund der für ihn geltenden Rechtsvorschriften anzuwenden hat.

Artikel 8. Die zuständigen Träger haben der für sie in Betracht kommenden Verbindungsstelle eine jährlich zu erstellende Statistik über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen zu übermitteln. Diese Statistiken sind von den Verbindungsstellen auszutauschen.

Kapitel 3. ARBEITSUNFÄLLE UND BERUFSKRANKHEITEN

Artikel 9. Für die Zahlung von Leistungen ist Kapitel 2 entsprechend anzuwenden.

Artikel 10. (1) Für die Anwendung des Artikels 16 Absatz 1 des Abkommens hat der zuständige Träger auf Verlangen eine Bescheinigung über den Anspruch auszustellen.

(2) Der aushelfende Träger hat die Krankenkontrolle so durchzuführen, als handle es sich um einen eigenen Versicherten, und hat den zuständigen Träger vom Ergebnis der Kontrolle zu unterrichten.

Artikel 11. In Durchführung des Artikels 16 Absatz 5 des Abkommens ist der Anspruch auf Erstattung nach Abschluß des Leistungsfalles oder für jedes Kalenderhalbjahr geltend zu machen und binnen zwei Monaten nach Eingang der Forderung zu erfüllen.

Kapitel 4. ARBEITSLOSIGKEIT

Artikel 12. In den Fällen des Artikels 18 des Abkommens hat der in Betracht kommende Träger auf Verlangen eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten auszustellen, die nach den Rechtsvorschriften des Herkunftsstaates zurückgelegt wurden.

Kapitel 5. FAMILIENBEIHILFE

Artikel 13. Die für die Anwendung der Artikel 19 und 20 des Abkommens für den zuständigen Träger des einen Vertragsstaates erforderlichen Bescheinigungen

sind auf Verlangen von den Stellen im Gebiet des anderen Vertragsstaates auszustellen, die nach dessen Rechtsvorschriften für die Ausstellung solcher Bescheinigungen zuständig sind.

ABSCHNITT III

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 14. Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. November 1973, in zwei Urschriften in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für den Bundesminister für soziale Verwaltung:

DR. SCHUH

Für den Bundesminister für Finanzen:

DR. WOHLMANN

Für den Arbeitsminister:

AVRAHAM MAYER

פרק 4 - אבטלה

סעיף 12

חל סעיף 18 לאמנה, יתן האחראי הנוגע בדבר על פי דרישה אישור על תקופות הביטוח שנצטברו לפי הדינים של מדינת המוצא.

פרק 5 - סיוע משפחתי

סעיף 13

האישורים הדרושים לאחראי המוסמך של אחד מבעלי האמנה לביצוע הסעיפים 19 ו-20 לאמנה יינתנו על פי דרישה על ידי אותם המוסדות בתחום בעל האמנה השני שהם מוסמכים על פי דיני אותו בעל אמנה למתן אישורים כאמור.

חלק III

הוראות סיום

סעיף 14

תחילתו של הסכם זה היא בד בבד עם תחילתה של האמנה. נערך בוינה ביום ג' בכסלו תשל"ד (28 בנובמבר 1973) בשני עותקים בעברית ובגרמנית כאשר כל אחד משני הנוסחים מחייב באורח שווה.

Dr. Schuh

בשם השר הפדראלי למינהל סוציאלי

דר' מאיר

בשם שר העבודה

Dr. Wohlmann

בשם השר הפדראלי לכספים

בשיעור של גימלה, במידה ששנוי זה אינו נובע מהתאמה שוטפת כללית.

סעיף 7

האחראים המוסמכים ישלמו את הגימלאות לזכאים במישרין. התשלום יבוצע באותם מועדי הפרעון המחייבים את האחראי המוסמך מכח הדינים החלים עליו.

סעיף 8

האחראים המוסמכים ימציאו ללשכת הקשר שהיא לגביהם נוגעת בדבר, נתונים סטטיסטיים שייערכו אחת לשנה, על התשלומים שהועברו לתחומו של בעל האמנה השני. נתונים סטטיסטיים אלה יוחלפו בין לשכות הקשר, בינם לבין עצמן.

פרק 3

תאונות עבודה ומחלת מקצוע

סעיף 9

על תשלום הגימלאות יחול פרק 2 בשינויים המחוייבים.

סעיף 10

- (1) לענין תחולת סעיף 16(1) לאמנה יתן האחראי המוסמך על פי דרישה אישור בדבר התביעה.
- (2) האחראי המסייע ינהג בבקרת החולה כאילו היה מבוטח שלו עצמו וידווח לאחראי המוסמך על תוצאות הביקורת.

סעיף 11

בביצוע סעיף 16(5) לאמנה תוגש התביעה לפצוי לאחר סיום הטיפול במקרה המזכה לגימלה או לכל חצי שנה קלנדארית ותיפרע תוך חודשיים לאחר הגשת הדרישה.

(2) להקלת ביצועה של האמנה יהא זה מתפקידן של לשכות הקשר - מלבד מלוי התפקידים שנקבעו בהסכם זה - לנקוט את כל יתר האמצעים המינהליים, ובמיוחד לתת עזרה מינהלית ולסייע בהשגתה וכן לקבוע טפסים.

סעיף 3

חל סעיף 7(1) לאמנה, יינתן אישור שדיני המדינה המשגרת ימשיכו לחול. האישור יינתן באוסטריה - על ידי האחראי לביטוח מחלה, בישראל - על ידי המוסד לביטוח לאומי

חלק II

הוראות מיוחדות

פרק 1 - אמהות

סעיף 4

חל סעיף 16 לאמנה, יתן האחראי הנוגע בדבר על פי דרישה אישור על תקופות הביטוח שנצטברו לפי הדינים החלים עליו.

פרק 2 - נכות, זקנה ומוות

סעיף 5

(1) האחראים המוסמכים ידווחו ללא דחוי זה לזה על תביעות לגימלאות שעליהן חל חלק III פרק 2 לאמנה.

(2) אחרי כן יודיעו האחראים המוסמכים זה לזה גם את יתר העובדות החשובות לקביעת גימלה, ובמקרה הצורך יצרפו גם חוות דעת רפואיות.

(3) האחראים המוסמכים ידווחו זה לזה על ההחלטות בהליכי קביעה ועל המצאתן של ההחלטות.

סעיף 6

האחראים המוסמכים ידווחו ללא דיחוי זה לזה על כל שנוי

הסכם לביצוע האמנה בין מדינת ישראל

לבין הרפובליקה אוסטריה על בטחון סוציאלי

על סמך סעיף 21(1) לאמנה בין מדינת ישראל לבין הרפובליקה אוסטריה על בטחון סוציאלי מיום 28 בנובמבר 1973 (להלן - "האמנה") הסכימו הרשויות המוסמכות של שני בעלי האמנה לאמור:

חלק I

הוראות כלליות

סעיף 1

- (1) בהסכם זה תהיה למונחים המפורטים בסעיף 1 לאמנה המשמעות הנועדת להם שם.
- (2) בהסכם זה ייקראו האחראים המפורטים בסעיף 16 לאמנה "אחראים מסייעים".

סעיף 2

- (1) לשכות קשר במובן סעיף 24 לאמנה הן באוסטריה - לביטוח התאונות והפנסיות - האיגוד הראשי של האחראים האוסטריים לביטוח הסוציאלי בווינה; לסיוע המשפחתי - המיניסטריין הפדראלי לכספים בווינה; לביטוח האבטלה - משרד העבודה המרחבי, וינה; בישראל - המוסד לביטוח לאומי.

7. לסעיף 20 של האמנה:

לא תהא זכות לסיוע המשפחתי האוסטרי אלא אם העיסוק באוסטריה אינו נוגד את ההוראות הקיימות בדבר העסקת עובדים מחוץ-לארץ ויימשך לפחות חודש קלנדארי שלם.

8. לסעיף 28 של האמנה:

ההוראות בדבר סיוע משפחתי חלות רק על גימלאות שנתקבלו שלא בתם לב.

9. לסעיף 32 של האמנה:

חלק 3 פרק 2 לא יחול על המקרים שבהם, לפי הדינים האוסטריים על ביטוח פנסיות של המפרנסים העצמאיים בחקלאות וביעור, ימשיכו לחול הדינים על הביטוח החקלאי לפנסיה נוספת.

פרוטוקול סיום זה הוא חלק האמנה בין הרפובליקה אוסטריה לבין מדינת ישראל על בטחון סוציאלי. תחילתו ביום תחילתה של האמנה, ותקופת תקפו כתקופת תקפה של האמנה.

ולראיה חתמו המורשים של שני בעלי האמנה על פרוטוקול סיום זה.

נעשה בווינה ביום ג' כסלו תשל"ד (28 לנובמבר 1973) בשני עותקים בגרמנית ובעברית כאשר כל אחד משני הנוסחים מחייב באורח שווה.

בשם

הרפובליקה אוסטריה:

בשם

מדינת ישראל:

רודולף הויסר ח.ב.י

יצחק פטיש ח.ב.י

3. לסעיף 5 לאמנה:

(1) לענין לידת התביעה לפנסיה של המפרנסים העצמאיים במערכת העסקים לפי ביטוח הפנסיות האוסטרי, דין שווה לפקיעתם של הרשיון לעסק או של יחסי השותפות באוסטריה ולהפסקתה למעשה של הפעילות המפרנסת העצמאית המקבילה בישראל.

(2) קיום יחסי ביטוח לפי הדינים הישראליים בעת שלא מבוצעת פעילות מפרנסת, אינם שוללים לידת תביעה לקצבת זקנה אוסטריה (קצבת זקנה לכורים (Knappschaftsalterspension)).

4. לסעיף 8 של האמנה:

(1) הוראות סעיף קטן (1) יחולו על המורשה האוסטרי לעניני מסחר ועל שותפיו המקצועים לעבודה שצורפו לו על ידי הלשכה הפדראלית למערכת העסקים, כך שעל העסקתם של בני אדם אלה בתחום מדינת ישראל יחולו הדינים האוסטרים.

(2) לגבי המועסקים ביום תחילתה של אמנה זו, יתחיל המועד הקבוע בסעיף קטן (2) ביום האמור.

5. לסעיף 11 של האמנה:

הוראה זו תחול, לגבי תביעה לקצבת זקנה מוקדמת (קצבת זקנה לכורים) במקרה של אבטלה או של תקופת ביטוח ארוכה שנצטברה לפי הדינים האוסטרים.

6. לסעיף 18 של האמנה:

סעיף קטן (1) לא יחול לענין רכישת הזכות לגמול על חופשת לידה ללא תשלום (Karenzurlaubsgeld) לפי הדינים האוסטרים.

פרוטוקול סיום לאמנה בין מדינת ישראל לבין
הרפובליקה אוסטריה על בטחון סוציאלי

בשעת החתימה של האמנה שנכרתה היום בין הרפובליקה אוסטריה לבין מדינת ישראל על בטחון סוציאלי, מצהירים המורשים של שני בעלי האמנה על הסכמתם בדבר הוראות אלה:

1. לסעיף 1 של האמנה:

המונחים המפורטים בסעיף קטן 1(9) לא יכללו את תוספת ההשוואה לפי הדינים האוסטרים ואח ההטבה הסוציאלית לפי הדין הישראלי.

2. לסעיף 3 של האמנה:

(1) לא ייפגעו הסדרים על הנטל בביטוח שבאמנות בין-לאומיות בין בעלי האמנה לבין מדינות אחרות.

(2) לא ייפגעו הדינים של שני בעלי האמנה בדבר שיתוף פעולה של המובטחים ושל המעבידים במוסדות המבצעים והאיגודים ובשיפוט במשפט הבטחון הסוציאלי.

(3) לא יחולו על אזרחים ישראלים הדינים שבחוק

האוסטרי הפדראלי מיום 22.11.1961 על תביעות לגימלאות וצפיות בביטוח הפנסיות ובביטוח תאונות, מכח עיסוקים בחוץ לארץ, וכך הדינים על הכרתן של תקופות פעילות מפרנסת עצמאית שנצטברו, מחוץ לאוסטריה, בתחום הממלכה האוסטרו-הונגרית לשעבר.

(4) לא ייפגעו הדינים האוסטריים בדבר מתן סעד למובטלים תקופה ממושכת (Notstandshilfe).

(2) תחילתה של אמנה זו היא ביום הראשון של החודש השני לאחר תום החודש שבו הוחלפו מסמכי האישור.

(3) תקפה של אמנה זו היא לזמן בלתי מוגבל. כל אחד מבעלי האמנה רשאי להודיע בכתב ובדרך הדיפלומטית על גמר תקפה ובלבד שההודעה תינתן שלשה חדשים מראש לפחות.

(4) ניתנה הודעה על גמר תקפה של האמנה זו, ימשיכו הוראותיה לחול לגבי זכויות מוקנות, והוא מבלי להתחשב בהוראות מגבילות שנקבעו בהסדרים הנוגעים בדבר, למקרה המצאו של מבוטח בחוץ לארץ.

ולראיה חתמו המורשים של שני בעלי האמנה על הסכם זה.

נערך בווינה ביום ג' כסלו תשל"ד (28 לנובמבר 1973) בשני עותקים, בעברית ובגרמנית, כאשר כל אחד משני הנוסחים מהייב באורח שווה.

בשם

בשם

רפובליקה אוסטריה:

מדינת ישראל:

רודולף הויסר ח.ב.י

יצחק פטיש ח.ב.י

האמור בהליכים לקביעה מחדש, ינתנו הגימלאות בהתאם להוראות סעיף קטן 7; בכל מקרה אחר יינתנו החל מהיום שנקבע לפי הדינים של כל אחד משני בעלי האמנה.

(4) נקבעו בדינים של בעלי האמנה הוראות בדבר פקיעת זכויות או החישנותן, לא יחולו באשר לקביעות לפי סעיף קטן (3) הדינים הנוגעים בדבר על הזכאים, אם הבקשה המפורטת בסעיף קטן (3) חוגש חוץ שנתיים מיום תחילתה של אמנה זו. הוגשה הבקשה כחום מועד זה, תקום הזכות לגימלאות, במידה שלא פקעה או החישנה, החל מיום הגשת הבקשה, זולת אם יש להחיל דינים נוחים יותר של אחד מבעלי האמנה.

(5) במקרים של סעיף קטן (3)(ב) יחול סעיף 29 בשנויים המחויבים.

(6) מעשה בית-דין, בהחלטות קודמות, לא ישמש מחסום בפני הקביעה מחדש.

(7) קצבאות לפי הדינים המנויים בסעיף 2(1) פסקה 1 (ג) ופסקה 2(ד) יקבעו ויינתנו בהתאם להוראות אמנה זאת כבר החל מיום 1 לינואר 1973.

סעיף 33

אדם שנפגע במעמדו במישור הדינים של ביטוח סוציאלי מטעמים פוליטיים או דתיים או מטעמים שבמוצא – זכויותיו המגיעות לו לפי הדינים האוסטרים, לא יפגעו על ידי אמנה זו.

סעיף 34

(1) אמנה זו טעונה אישרור. מסמכי האשרור יוחלפו בקרוב, ככל האפשר בירושלים.

(3) בית הדין של הבוררים יכריע ברוב דעות. הכרעותיו יחייבו את שני בעלי האמנה. כל אחד מבעלי האמנה ישא בהוצאות הבורר שמינה אותו. בעלי הדין ישאו ביחד ההוצאות בחלקים שווים. בית הדין של הבוררים יקבע בעצמו את סדרי הדין בפניו.

חלק 5

הוראות מעבר וסיום

סעיף 32

- (1) אין אמנה זו מקנה זכות לחבוע חשלוס גימלאות ביחס לזמן שלפני תחילתה מלבד מה שיקבע בסעיף קטן 7.
- (2) לענין קביעת הזכות לגימלה לפי אמנה זו יבואו בחשבון גם תקופות ביטוח שנצטברו לפי הדינים של בעל אמנה לפני תחילתה של האמנה.
- (3) מבלי לגרוע מהאמור בסעיף קטן (1) תחול אמנה זו גם על אירועים מבוטחים שאירעו לפני תחילתה; במקרים אלה ייקבעו, לפי הוראות אמנה זו –
- (א) קצבאות המגיעות רק מכח אמנה זו – לפי בקשת הזכאי.
- (ב) קצבאות שנקבעו לפני תחילתה של אמנה זו – קביעה מחדש, על פי בקשת הזכאי; ניתן גם לקבען מחדש ביזמת הרשות, ובמקרה זה ייראה היום שבו שלח המבצע את ההודעה שעליו לתת לזכאי בדבר פתיחת ההליכים, כיום הגשת הבקשה.
- הוגשה הבקשה לקביעה או לקביעה מחדש תוך שנתיים מיום תחילתה של אמנה זו או החלה רשות מיוזמתה תוך המועד

חייבים המבצעים זה לזה בתשלומי השוואה לפי יחס הגימלאות שכל אחד מהם חייב בהן.

סעיף 31

(1) חילוקי דעות בין שני בעלי האמנה על פירושה של אמנה זו או ביצועה, יושבו ככל האפשר, על ידי הרשויות המוסמכות של בעלי האמנה.

(2) לא ניתן ליישב חילוקי דעות בדרך זו, יובאו לפי דרישת אחד מבעלי האמנה להכרעה בפני בית דין של בוררים שיורכב כך:

(א) כל אחד מבעלי הדין ימנה בורר תוך חודש מיום קבלת הדרישה להכרעה על ידי בית דין לבוררים. שני הבוררים שנתמנו כך יבחרו כבורר שלישי אזרח של מדינה שלישית תוך חדשיים אחרי שבעל הדין שמינה את הבורר שלו לאחרונה, הודיע על כך.

(ב) לא מינה אחד מבעלי האמנה בורר תוך המועד הקובע, רשאי בעל האמנה השני לבקש את נשיא בית הדין הביין-לאומי למנות בורר כאמור. על פי דרישה של אחד מבעלי האמנה ינהגו בהתאם, אם שני הבוררים אינם יכולים להסכים בדבר בחירת הבורר השלישי.

(ג) היה הנשיא של בית הדין הביין-לאומי אזרח של אחד מבעלי האמנה, יעברו התפקידים שהוטלו עליו בסעיף זה למשנה לנשיא של בית הדין, ואם אף הוא היה אזרח של אחד מבעלי האמנה - לאותו שופט בית הדין, בעל הדרגה הגבוהה ביותר, שלא נתקיים בו תנאי זה.

(4) תביעות של מבצעים בתחום אחד מבעלי האמנה שעילתן בפייגורים בתשלום דמי ביטוח, יהנו בהוצאה לפועל וכך בהליכי פשיטת דגל והסדר בתחום בעל האמנה השני מאותן זכויות קדימה כמו התביעות המקבילות בתחום אותו בעל אמנה.

סעיף 29

שילם המבצע של אחד מבעלי האמנה מפרעה על חשבוך גימלה, יעכב המבצע של בעל האמנה השני, על פי בקשת המבצע הנזכר לראשונה, אח התשלום המאוחר יותר של גימלה מקבילה המגיע לפי הדינים של אותו בעל האמנה והמתיחס לאותה תקופה. שילם המבצע של בעל האמנה האחד, לגבי תקופה שביחס אליה על המבצע של בעל האמנה השני לשלם גימלה מקבילה במועד מאוחר יותר, גימלה בשיעור גבוה מהמגיע, ייראה הסכום העולה על גימלה זו עד כדי שיעור הסכום המגיע במועד מאוחר יותר כאמור – כמפרעה לענין המשפט הראשון.

סעיף 30

- (1) היה אדם זכאי לגימלאות, לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, בשל נזק שאירע בתחום בעל האמנה השני והוא גם זכאי, לפי הדינים של אותו בעל אמנה לפצויים בשל הנזק מצד שלישי תעבור התביעה לפצויים לידי המבצע של בעל האמנה האחד לפי הדינים החלים עליו.
- (2) היו תביעות לשפוי בשל גימלאות מאותו סוג שעילתן באותו אירוע של נזק, הן בידי מבצע של אחד מבעלי האמנה והן בידי מבצע של בעל האמנה השני, רשאי הצד השלישי להשתחרר מהתביעות שעברו לידי שני המבצעים, על ידי השלום לאחד או לשני משני המבצעים. ביחסים שביניהם

(4) במקרים של הסעיפים הקטנים (1) עד (3) תעביר הרשות שאליה הופנתה הפניה, את הבקשות, ההצהרות או עתירות הסעד מיד לרשות המוסמכת המקבילה של בעל האמנה הראשון.

סעיף 27

- (1) המבצעים החייבים במתן הגימלה ישתחררו מהחיוב של תשלום גימלאות בביצוע אמנה זו על ידי תשלום במטבע החוקי המחייב לפי הדינים המוניציפאליים שלהם.
- (2) תשלומי הפצוי שנקבעו באמנה זו יבוצעו במטבע של בעל האמנה שבחחמומו נמצא מושבו של המבצע שנתן את הגימלאות.

סעיף 28

- (1) החלטות בנות ביצוע של בתי המשפט וכן החלטות ותעודות פיגורים (מסמכים) בני ביצוע של המבצעים או של הרשויות של אחד מבעלי האמנה – בדבר דמי ביטוח או תביעות אחרות הנובעות מהביטוח הסוציאלי וכן בדבר החזרתו של סיוע משפחתי, יוכרו על ידי בעל האמנה השני.
- (2) אין לסרב להכרה אלא אם היא נוגדת את תקנת הציבור של בעל האמנה המתבקש להכיר בהחלטה או במסמך.
- (3) ההחלטות והמסמכים שהם בני ביצוע ושהוכרו לפי סעיף קטן (1), יוצאו לפועל בתחום בעל האמנה השני. על הליכי ההוצאה לפועל יחולו הדינים החלים בתחום בעל האמנה שבו מתבקשת הוצאתם לפועל, על ההוצאה לפועל של ההחלטות והמסמכים המקבילים שהוצאו בתחום אותו בעל האמנה. עותק ההחלטה או המסמך ישא אישור שהם בני ביצוע (הוראת אכיפה).

סעיף 25

- (1) כל פטור או הנחה שנקבעו בדינים של אחד מבעלי האמנה, לגבי מסים, מסי בולים, אגרות בית משפט או אגרות רישום על מסמכים או תעודות שיש להגישם בביצוע דינים אלה – יחולו גם על המסמכים והתעודות המתאימים שיש להגישם בביצוע אמנה זו או הדינים של בעל האמנה השני.
- (2) תעודות ומסמכים מכל סוג שיש להגישם בביצוע אמנה זו אינם טעונים כל אימות.

סעיף 26

- (1) בקשות, הצהרות או עתירות לסעד שהוגשו בביצוע אמנה זו או הדינים של אחד מבעלי האמנה, לרשות למבצע או למוסד כוסמך אחר של אחד מבעלי האמנה רואים אותם כבקשות, הצהרות או עתירות לסעד שהוגשו לרשות, למבצע או למוסד מוסמך אחר של בעל האמנה השני.
- (2) בקשה למתן גימלה שהוגשה לפי הדינים של בעל אמנה אחד תראה גם כבקשה למתן גימלה מקבילה לפי הדינים של בעל האמנה השני, אם גימלה זו באה בחשבון בהתחשב עם הוראות אמנה זו; הוראה זו לא תחול אם המבקש דורש מפורשות שתדחה הקביעה של גימלה למקרה זקנה שנרכשה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה.
- (3) בקשות, הצהרות ועתירות לסעד שיש להגישן בביצוע הדינים של אחד מבעלי האמנה תוך מועד מסוים לרשות, למבצע או למוסד מוסמך אחר של אותו בעל אמנה – ניתן להגישן תוך אותו מועד לרשות המקבילה של בעל האמנה השני.

תחילתה של אמנה זאת; בדם תחילתו לכל המוקדם בד בבד עם אמנה זאת.

(2) הרשויות המוסמכות של בעלי האמנה ימסרו זו לזו מדע על - (א) כל האמצעים שננקטו להפעלת אמנה זו;

(ב) כל התיקונים של דיניהם הנוגעים להפעלת אמנה זו.

(3) הרשויות והמבצעים של בעלי האמנה יסייעו אלה לאלה בביצוע אמנה זו וינהגו כמו בהפעלת דיניהם הם. עזרה מינהלית זו תינתן ללא תשלום.

(4) לענין ביצוע אמנה זו דשאים המבצעים והרשויות של בעלי האמנה לבוא במגע ישיר אלה עם אלה וכך עם בני אדם הנוגעים בדבר או עם באי-כחם.

(5) המבצעים, הרשויות ובתי המשפט של אחד מבעלי האמנה לא יסרבו לקבל את הבקשות והמסמכים האחרים שהוגשו להם מחמת זה בלבד שנערכו בשפה הרשמית של בעל האמנה השני.

(6) הוראות לבדיקות דפואיות בביצוע הדינים של אחד מבעלי האמנה, הנוגעות לבני אדם הנמצאים בתחום בעל האמנה השני ינתנו על ידי המבצע של מקום המצאם על פי בקשת הרשות המוסמכת על חשבונה.

(7) על העזרה המשפטית יחולו ההוראות החלות מזמן לזמן על העזרה המשפטית בענינים אזרחיים.

סעיף 24

הרשויות המוסמכות יקימו לשכות קשר להקמת הביצוע של אמנה זו, ובמיוחד לקיום קשר פשוט ומהיר בין המבצעים הנוגעים בדבר מטעם שני הצדדים.

סעיף 20

(1) לבני אדם שמקום מגוריהם או מקום המצאם הרגיל בתחום של אחד מבעלי האמנה והם מקיימים פעילות מפרנסת כשכירים בתחום בעל האמנה השני, תהיה תביעה לסיוע משפחתי לפי הדינים של בעל אמנה זה כאילו בתחומו מקום מגוריהם או מקום המצאם הרגיל.

(2) נשלח שכיר מתחום אחד מבעלי אמנה לתחום בעל האמנה השני, ימשיכו לחול הדינים של בעל האמנה הראשון.

סעיף 21

קיים אדם במשך חודש קלנדארי אחד בשים לב להוראות אמנה זו, לגבי ילד, את תנאי הקיום של תביעה לפי הדינים של כל אחד מבעלי האמנה, זה אחר זה, ינתן הסיוע המשפחתי לחודש השלם על ידי אותו בעל אמנה שלפי דיניו היה צריך לתתו בתחילת החודש.

סעיף 22

ילדים, כמשמעותם בפרק זה, הם מי שלטובתם נקבע סיוע משפחתי בדינים החלים.

חלק 4

הוראות שונות

סעיף 23

(1) הרשויות המוסמכות דשאיות להסדיר בהסכם את סדרי המינהל הדרושים לביצוע אמנה זו. ניתן לערוך הסכם זה עוד לפני

פרק 4אבטלהסעיף 18

(1) חלו על אדם פלוני זה אחר זה או בסירוגין הדינים של שני בעלי האמנה, יחוברו, לענין רכישת התביעה לגימלאות במקרה של אבטלה, התקופות שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של שני בעלי האמנה, במידה שאינן חופפות.

(2) תנאי לתחולת סעיף קטן (1) הוא שהאדם הנוגע בדבר היה מועסק כעובד בתחום בעל האמנה שלפי דיניו הוא תובע את הגימלה, בסך הכל 13 שבועות, תוך שנים עשר החדשים לפני הגשת התביעה זולת אם הופסקה העסקתו ללא אשמת העובד.

פרק 5סיוע משפחתיסעיף 19

היה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה קיום התביעה לסיוע משפחתי מותנה בכך שמקום מגוריהם או מקום המצאם של הילדים שלמענם נקבע הסיוע המשפחתי הם בתחום אותו בעל אמנה, יביאו בחשבון את הילדים שמקום המצאם בתחום בעל האמנה השני, כאילו מקום המצאם הקבוע בתחום בעל האמנה הראשון.

- (2) על מחן הגימלאות בכסף יחולו הדינים של המדינה המוסמכת.
- (3) הגימלאות בעין המפורסות בסעיף קטן (1) יינתנו – באוסטריה – על ידי קופת החולים האיזורית לפועלים ולפקידים המוסמכת למקום המצאו או למקום מגוריו של האדם הנוגע בדבר, לפי העניין, בישראל – על ידי המוסד לביטוח לאומי.
- (4) מבצע של ביטוח הנכות רשאי לתת את הגימלה במקום המבצע הנזכר בסעיף קטן (3).
- (5) המבצע המוסמך יפצה את המבצע לפי סעיף קטן (3) על הסכומים שהוציא לפי סעיף קטן (1), למעט הוצאות המינהל.
- (6) הרשויות המוסמכות רשאיות להסכים, לצרכי פישוט המינהל, שבכל מקרה או בסוגים מסויימים של מקרים יבוא התשלום של סכום אחד במקום תשלום החשבונות של ההוצאות בכל מקרה לחוד.

סעיף 17

היה מקום לפצות על מחלת מקצוע לפי הדינים של שני בעלי האמנה, לא ינתנו גימלאות אלא לפי הדינים של אותו בעל אמנה שבתחומו לאחדונה קוים העיסוק שהיה עלול לגרום למחלת מקצוע כאמור.

שחושבו לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג) לבין הגימלה שהיתה מגיעה רק לפי הדינים החלים עליו.

(2) הגימלה החלקית לפי סעיף קטן (1) תיקבע מחדש מיזמתה של הרשות אם שיעור הגימלאות המשמשות יסוד לחישוב הגימלאות החלקיות, ישתנה שלא בגלל התאמות או אם שער החליפין ישתנה ביותר מ-10 אחוז למאה.

פרק 3

תאונות עבודה ומחלות מקצוע

סעיף 16

(1) מי שנפגע בתאונת עבודה או חלה במחלת מקצוע -

(א) בתחום המדינה שאינה מוסמכת או,

(ב) בתחום המדינה המוסמכת ואשר -

(אא) מעביר את מקום מגוריו לתחום בעל האמנה השני,

או

(בב) מצבו אגב המצאו זמנית בתחום שנזכר לאחרונה

מחייב טיפול רפואי מידי, לרבות אשפוז,

יקבל על חשבון המבצע המוסמך גימלאות בעין שניתנו לו מהמבצע של מקום המצאו או של מקום מגוריו החדש לפי הדינים החלים על מבצע זה. במקרה של העברת מקום המגורים יהא עליו לקבל את הסכמת המבצע המוסמך לפני ההעברה. אין לסרב להסכמה זאת אלא אם העברת מקום המגורים עלולה לסכן את מצב בריאותו או את הביצוע של הטיפול הרפואי.

6. היה לפי הדינים האוסטרים מתן גמלאות לפי ביטוח הפנסיות של הכורים תלוי בכך, שהיה קיים בעיקר עיסוק בכריה, במובן הדינים האוסטרים, במפעלים מסוימים, יביאו בחשבון בין תקופות הביטוח הישראליות את אלה בלבד שמקורן בהעסקה במפעל מאותו סוג ובעיסוק מאותו סוג.
7. התשלומים המיוחדים מביטוח הפנסיות האוסטרי יגיעו בהתאם לשיעור הקצבה החלקית האוסטרית; סעיף 15 יחול בשנתיים המחויבים.

סעיף 14

- (1) היחה קיימת תביעה לקצבה אף מבלי להתחשב באמור בסעיף 11, יתן המבצע המוסמך של אחד מבעלי האמנה את הגימלה המגיעה על סמך תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים החלים עליו, כל עוד לא קיימת תביעה לגימלה לפי הדינים של בעל האמנה השני
- (2) נקבעה גימלה לפי סעיף קטן (1), חיקבע מחדש לפי סעיף 12, משנולדה תביעה לגימלה לפי הדינים של בעל האמנה השני. תחילתה של הקביעה מחדש היא החל מהיום שבו הוחל במתן הגימלה לפי הדינים של בעל האמנה השני. מעשה בית דין לגבי החלטות קודמות לא ישמש מחסום לקביעה מחדש.

סעיף 15

- (1) היה אדם זכאי לגימלה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה אף מבלי להתחשב באמור בסעיף 11 והיה שיעור גימלה זו גבוה מסך כל הגימלאות שחושב לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג), יתן המבצע של בעל אמנה זה, כגימלה חלקית, את הגימלה שחושבה כך, בתוספת ההפרש בין סך כל הגימלאות כפי

(ג) יסוד החישוב יורכב אך ורק מתקופות הביטוח שנצטברו
בביטוח הפנסיות האוסטרי;
(ד) תשלומים לביטוח לפי שיעור גבוה יותר וכן התוספת
לגימלה לא יובאו בחשבון.

4. בביצוע סעיף 12(1) פסקה (ג) יחולו הוראות אלה:
(א) עלה סך כל תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי
הדינים של שני בעלי האמנה, על המכסימום שנקבע
לפי הדינים האוסטרים לחישוב סכום ההעלאה
(Steigerungsbetrag) תחושב הגימלה החלקית המגיעה
לפי היחס שבין אורך תקופות הביטוח שיש להביאן
בחשבון לפי הדינים האוסטרים, לבין המכסימום
הנזכר של חודשי ביטוח.

(ב) התוספת לחסרי ישע תחושב על יסוד הגימלה החלקית
האוסטרית, במסגרת הסכומים השוליים
(Grenzbeträge) המופחתים יחסית, לפי הדינים
האוסטרים. ברם היחה קיימת תביעה לקיצבה על סמך
אותן תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים
האוסטרים בלבד, תגיע התוספת לחסרי ישע בשיעור
המתאים לקצבה זו, זולת אם ניתנת תוספת גימלה
לפי הדינים הישראליים מחמת מצב חוסר ישע.

5. לסכום שחושב לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג) יתווספו,
במקרה המתאים, סכום ההעלאה מחמת תשלומים שנעשו
לביטוח לפי שיעור גבוה יותר, או שרואים אותם כאילו
נעשו כך, תוספת הגימלה לכורים, התוספת לחסרי ישע
ותוספת ההשוואה (Ausgleichszulage) לפי הדינים
האוסטרים.

לפי דיניו הוא לבין האורך הכולל של תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של שני בעלי האמנה.

(2) היה סך כל תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, פחות משנים עשר חדשים לענין חישוב הקיצבה, לא יעניק המבצע של אותו בעל האמנה קצבה כל שהיא, ואילו המבצע של בעל האמנה השני יעניק את הקצבה שתחושב מבלי להחיל את ההוראות של סעיף קטן (1) פסקה (ג). הוראה זו לא תחול אם לפי הדינים של בעל האמנה הראשון קיימת זכות לקצבה אף מבלי להחיל את ההוראות סעיף 11.

סעיף 13

המבצעים המוסכמים האוסטרים יבצעו את הסעיפים 11 ו-12 לפי כללים אלה:

1. לענין קביעת השתייכותו של המבוטח לענין גימלאות והסמכות למתן הגימלה בביטוח הפנסיות יובאו בחשבון תקופות ביטוח ישראליות לפי אופיה של הפעילות המפרנסת באותן התקופות.
2. הוראות סעיפים 11 ו-12 לא יחולו על התנאים לקיום התביעה לגמול המיוחד של הכורים (Bergmannstreuegeld) על פי הביטוח האוסטרי לפנסיות הכורים ועל מתן גמול כאמור.
3. בביצוע סעיפים 12 (1) פסקה (ב) יחולו הוראות אלה:
 - (א) תקופות ביטוח חופפות יבואו בחשבון בהיקפן למעשה;
 - (ב) דמי ביטוח ששולמו במועדים מאוחרים יותר לרכישת וותק מכח תקופות שוות ערך בביטוח הפנסיות האוסטרי, לא יראו אותם כתשלומים לביטוח לפי שיעור גבוה יותר (Höherversicherung);

פרק 2

נכות, זקנה ומרות

סעיף 11

נצטברו לזכות אדם תקופות ביטוח לפי הדינים של שני בעלי האמנה, יחברו תקופות אלה לענין רכישה תביעה לגימלה, במידה שתקופות אלה אינן חופפות. הדינים של בעל האמנה שבביטוח שלו נצטברו תקופות ביטוח אלה, יקבעו באיזו מידה ובאיזה דרך תקופות ביטוח יבואו בחשבון.

סעיף 12

(1) תבעו אדם שנצטברו לזכותו תקופות ביטוח לפי הדינים של שני בעלי האמנה, או שאיריו גימלאות לפי הדינים של שני בעלי האמנה, יקבע המבצע המוסמך את הגימלאות כך:

(א) המבצע של כל אחד מבעלי האמנה יקבע לפי הדינים החלים עליו, אם האדם הנוגע בדבר זכאי לגימלה לאחר שחברו תקופות הביטוח;

(ב) קיימת תביעה לגימלה, ייחשב המבצע תחילה את הסכום התיאורטי של הגימלה שהיתה מגיעה אילו כל תקופות הביטוח שיש להחשב בהן לפי הדינים של שני בעלי האמנה, נצטברו אך ורק בתחום בעל האמנה הנוגע בדבר;

(ג) לאחר מכן ייחשב המבצע את הגימלה החלקית המגיעה, על יסוד הסכום היוצא מהחישוב לפי פסקה (ב) – לפי היחס שבין אורך תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון

(5) הסעיפים הקטנים (1) עד (4) יחולו בשנויים המחויבים על קונסולים שבמשרה ועל חברי הנציגויות הקונסולריות שבראשן עומד קונסול שבמשרה וכך על חבר העובדים במשך הבית המועסקים על ידי אלה העסקה בלעדית.

סעיף 9

הרשות המוסמכת של בעל האמנה שדיניו חלים לפי הסעיפים 6 עד 8, רשאית, על פי בקשת הרשות המוסמכת של בעל האמנה השני, להעניק פטור מתחולת דינים אלה לגבי עובדים מסוימים או קבוצות של עובדים או לגבי מפרנסים עצמאים, במידה שהדבר לטובתם ובשים לב לסוג ולנסיבות עיסוקם. במקרה זה יחולו הדינים של בעל האמנה השני על בני האדם הנוגעים בדבר.

חלק 3

הוראות מיוחדות

פרק 1

אמהות

סעיף 10

לענין התביעה לגימלה ותקופת מתן הגימלה יחולו תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי דיני שני בעלי האמנה בדבר גימלאות במקרה של אמהות, במידה שתקופות אלה אינן חופפות.

סעיף 8

(1) בכפוף לאמור בסעיף קטן (4) פטורים דיפלומטים לגבי שירותיהם למדינה המשגרת מקיום הדינים על בטחון סוציאלי החלים במדינה המקבלת.

(2) (א) הפטור לפי סעיף קטן (1) יחול גם על חברי הצוות המנהלי והטכני של המשלחת ועל חברי הצוות של שירותי הבית של המשלחת שאינם אזרחי המדינה המקבלת או חושביה הקבועים.

(ב) מבלי לגרוע מהאמור בפסקה (א), רשאים חברי הצוות המנהלי והטכני של המשלחת שהם אזרחי המדינה המשגרת וחושבים קבועים במדינה המקבלת לבחור, תוך שלושה חדשים לאחר תחילת העסקתם, בתחולת הדינים של המדינה משגרת. לבחירה יהא תוקף החל מהאחד לחודש שלאחר מכן.

(3) הפטור לפי סעיף קטן (1) חל גם על העוברים במשק בית פרטי המועסקים העסקה בלעדית על ידי דיפלומט, בתנאי –

(א) שאינם אזרחי המדינה המקבלת או חושביה הקבועים, וכך

(ב) שהם כפופים לדינים על בטחון סוציאלי שהם בתוקף במדינה המשגרת או במדינה שלישית.

(4) דיפלומט המעסיק בני-אדם שעליהם לא יחול הפטור לפי סעיף קטן (3), יקיים את הדינים על בטחון סוציאלי שהם בתוקף במדינה המקבלת לגבי מעבידים.

(ב) היו מקיימים בעת ובעונה אחת פעילויות מפרנסות עצמאיות, יחולו הדינים של אותו בעל האמנה שבתחומו שוהה המתפרנס כרגיל.

סעיף 7

(1) נשלח עובד המועסק בתחום אחד מבעלי האמנה על ידי מפעל שאתו נמנה דרך כלל - על ידי אותו מפעל לתחום בעל האמנה השני כדי לבצע שם עבודה על חשבון אותו מפעל, ימשיכו לחול, עד תום החודש הקלנדארי ה-24 לאחר שנשלח, הדינים של בעל האמנה הראשון כאילו המשיך להיות מועסק בתחומו.

(2) נשלח עובד של מפעל תעופה שמושבו בתחום אחד מבעלי האמנה מתחמו לתחום בעל האמנה השני, ימשיכו לחול הדינים של בעל האמנה הראשון כאילו המשיך להיות מועסק בתחומו.

(3) הועסק עובד של מפעל תובלה שמושבו בתחום אחד מבעלי האמנה, בתחמו של בעל האמנה השני, יחולו הדינים של בעל האמנה הראשון, כאילו הועסק בתחמו. היה למפעל סניף בתחמו של בעל האמנה השני, יחולו על העובדים המועסקים באותו סניף הדינים של אותו בעל אמנה.

(4) על צוות כלי שיט המפליג בים יחולו הדינים של בעל האמנה שאת דגלו כלי השיט מניף.

(5) הועסק אזרחו של אחד מבעלי האמנה בשירותו של אותו בעל האמנה, או של מעביד ציבורי אחר של אותו בעל האמנה, בתחמו של בעל האמנה השני, יחולו הדינים של בעל האמנה הראשון.

סעיף 4

היה אדם זכאי לפי דיני אחד מבעלי האמנה לפנסיה, קצבה או גמלה אחרת בכסף - למעט גמלה למקרה של אבסלה - יקבל גמלה זו גם כשהוא נמצא בחחום בעל האמנה השני.

סעיף 5

במידה שלפי הדינים של אחד מבעלי האמנה יהיו השלכות משפטיות לפעילות מפרנסת או ליחסי ביטוח סוציאלי על מחן גימלה של הביטוח הסוציאלי, יהיו אותן השלכות גם לפעילות מפרנסת מאותו סוג או ליחסי ביטוח סוציאלי מאותו סוג בתחום בעל האמנה השני.

חלק 2הוראות על תחולת הדיניםסעיף 6

- (1) מבלי לגרוע מהאמור בסעיפים 7 ו-8, יחולו על מתפרנסים הדינים של בעל האמנה שבתחומו מחיימת הפעילות המפרנסת, הוא הדין בפעילות מפרנסת של שכיר גם כשמקום מגוריו של העובד או מושבו של מעבידו הם בתחום בעל האמנה השני.
- (2) מקום שלפי סעיף קטן (1) היו חלים הדינים של שני בעלי האמנה בעת ובעונה אחת, יחולו הוראות אלה:
- (א) היו מקיימים בעת ובעונה אחת פעילות מפרנסת כשכיר וכעצמאי, יחולו הדינים של אותו בעל האמנה שבתחומו מחיימת הפעילות המפרנסת כשכיר.

2. בישראל על הדינים בדבר -
- (1) ביטוח האמהות;
 - (ב) ביטוח תאונות העבודה ומחלות המקצוע;
 - (ג) ביטוח הנכות;
 - (ד) ביטוח הזקנה והשאידיים;
 - (ה) ביטוח האבטלה;
 - (ו) ביטוח משפחות מדוברות ילדים וביטוח ילדי העובדים.

- (2) אמנה זו אינה חלה על דינים בדבר שיטה חדשה של בטחון סוציאלי או ענף חדש שלו, ולא תחול על הסדרים למען קרבנות המלחמה ותוצאותיה; כמו כן לא תחול על הדינים האוסטרים הנוגעים לביטוח תאונות של נפגעי המלחמה ושל חיילים בשירות חובה שנפגעו והנמצאים בהכשרה מקצועית, ועל הדינים בדבר ביטוח הנוטריונים.
- (3) דינים שמקורם באמנות עם מדינות אחרות - זולת בעל האמנה השני - לא יובאו בחשבון ביחסים בין בעלי האמנה, במידה שאין בהם הסדרים על הנטל בביטוח.

סעיף 3

- לענין תחולת הדינים של אחד מבעלי האמנה, הרי באין הוראה אחרת, דינם של אלה כדין אזרחיה של אותו בעל אמנה -
- (א) אזרחיה של בעל האמנה השני;
 - (ב) פליטים כמשמעותם בסעיף 1 לאמנה על מעמדם של הפליטים מיום 28 ביולי 1951, שמקום המצאם הרגיל בתחום אחד מבעלי האמנה; וכך
 - (ג) מחוסרי נתינות שמקום המצאם הרגיל הוא בתחום אחד מבעלי האמנה.

5. "מבצע" - המוסד או הרשות שהוטל עליהם ביצועם של הדינים המפורטים בסעיף 2 או של חלק מהם;
6. "מבצע מוסמך" - המבצע המוסמך לפי הדינים החלים בנדון;
7. "מדינה מוסמכת" - בעל האמנה שבתחומו נמצא המבצע המוסמך;
8. "בן-משפחה" - בן-משפחה לפי הדינים של אותו בעל האמנה שבתחומו נמצא מושבו של המבצע שעליו לשאת בנטל הגימלאות;
9. "גימלה בכסף", "קצבה" או "פנסיה" - גימלה בכסף, קצבה או פנסיה, לרבות כל חלקיהן המשתלמים מכספי ציבור, כל התוספות, תשלומי התאמה, תוספות וכן מענקים חד-פעמיים;
10. "סיוע משפחתי" -
 לגבי אוסטריה - הסיוע המשפחתי;
 לגבי ישראל - הקצבה למשפחות מרובות ילדים, וקצבת המשפחה לילדי עובדים.
- (2) באמנה זו יהא למונחים אחרים הפירוש שניתן להם בדינים הנוגעים בדבר.

סעיף 2

- (1) אמנה זו חלה -
1. באוסטריה על הדינים בדבר -
- (א) ביטוח הבריאות, במידה שנקבעו על פיו גימלאות במקרה של אמהות;
- (ב) ביטוח התאונות;
- (ג) ביטוח הפנסיות;
- (ד) ביטוח האבטלה;
- (ה) הסיוע המשפחתי;

[HEBREW TEXT — TEXTE HÉBREU]

אמנה בין מדינת ישראל לבין הרפובליקה אוסטריה
 על בטחון סוציאלי

מדינת ישראל והרפובליקה אוסטריה

ברצותן להסדיר את היחסים ההדדיים של שתי המדינות במישור
 הבטחון הסוציאלי, הסכימו ביניהן לכרות את האמנה דלקמן:

חלק 1

הוראות כלליות

סעיף 1

(1) באמנה זו -

1. "אוסטריה" - הרפובליקה אוסטריה,
 "ישראל" - מדינת ישראל;

2. "אזרח" -

לגבי אוסטריה - אזרח שלה, או אדם הנמנה עם דוברי
 גרמנית (גרמני לפי הלאום (Volksdeutscher) והוא
 מחוסד נתינות או שאזרחותו איננה ברורה ואשר היה
 נמצא שלא רק באורה זמני ב-11 ביולי 1953, ב-1 בינואר
 1961 או ב-27 בנובמבר 1961, בתחומה של אוסטריה,
 לגבי ישראל - אזרח ישראלי;

3. "דינים" - החוקים, התקנות וחוקי העזר המתיחסים

לענפי הבטחון הסוציאלי המפורטים בסעיף 2(1);

4. "רשות מוסמכת" -

לגבי אוסטריה - השר הפדראלי למינהל סוציאלי, ולגבי
 הסיוע המשפחתי - השר הפדראלי לכספים;
 לגבי ישראל - שר העבודה;